

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. Der Bezugspreis beträgt für das Vierteljahr 4 Mark, monatlich 1 Pfennig. Die einzelne Nummer kostet 7 Pfennig. Nach auswärts Postzuschlag.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle Birkenwerder, Bahnhof-Allee 5 und von allen Anzeigen-Expeditionen angenommen. Die hochgeschätzten Zeitungsleser folgen dem Pfennig, die Restmenge 70 Pfennig.

Amtsbezirks-Arztzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Sprechsprecher: Amt Birkenwerder Nr. 5
Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.
Anzeigenpreis für die neuzeitliche Kleinzeile oder deren Raum 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 80 Pfennig. Berechnung in Goldmark zum amtlichen Dollarkurs.

Nr. 139. Postfach-Konto: Berlin 62 448 Sonnabend, den 4. Oktober 1924 Postfach-Konto Berlin 62448. 23. Jahrg.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Die Staats- und Gemeindesteuern für Oktober sind bis zum 18. Oktober an die Gemeindekasse zu zahlen.
Bis zum gleichen Tage müssen die Voranmeldungen zur Gewerbesteuer vom Ertrage für Monat Oktober 1924 nach dem Umlage des Monats September bzw. für das Vierteljahr Oktober-Dezember 1924 nach dem Umlage des Vierteljahres Juli-September im Zimmer 2 des Rathauses abgegeben sein. Vorbrücke hierfür sind im Zimmer 2 des Rathauses käuflich zu haben, bei verspäteter Abgabe der Voranmeldungen erfolgt die Festsetzung eines Zuschlages zur Steuer und die Bestimmung des Umlages im Wege der Schätzung.
Die Aufnahme des Personenstandes zum Zwecke der Veranlagung zur Reichseinkommensteuer für 1924 erfolgt auf Grund der Wohnunglisten am 10. Oktober 1924.
Die Wohnungslisten werden jetzt aufgestellt und sind mit der Bescheinigung des Hauseigentümers spätestens bis zum 12. Oktober d. J. im Zimmer 2 des Rathauses vom Eigentümer ordnungsmäßig ausgefüllt zurückzugeben. Eine Abholung der Listen findet nicht statt.
Eine allgemeine Aufnahme aller hier vorhandenen Hunde erfolgt am 1. Oktober 1924. Das jedem Hauseigentümer zugehende Formular ist nach entsprechender Ausfüllung und Bescheinigung der Vollständigkeit bis spätestens am 12. Oktober im Zimmer 2 des Rathauses vom Hauseigentümer zurückzugeben.
Birkenwerder, den 3. Oktober 1924.
Der Gemeindevorsteher.
J. B. Rosenau, Gemeindevorsteher.

Kirchensteuer 1924.

Die Kirchensteuer für 1924 wird in Höhe von 10% Zuschlag zur Reichseinkommensteuer erhoben. Die Hebelste der Steuerpflichtigen liegt beim Rentanden der Kirchenkasse, Herrn Matzke, Briefkasten 1, in der Zeit von 9-12 Uhr vormittags zur Einsicht aus.
Die Steuern sind dabei bis zum 20. Oktober einzusahlen.
Birkenwerder, den 3. Oktober 1924.
Der Gemeindevorsteherhand. Nicolaus.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Personenstandsaufnahme.
Zum Zwecke der diesjährigen Personenstandsaufnahme gehen den Hausbesitzern beim. deren Vertretern in den nächsten Tagen Vordrucke zu den Wohnungslisten zu. Die Vordrucke sind unter Beachtung der darauf gegebenen Anweisungen nach dem Stande vom 10. Oktober 1924 auszufüllen und durch die Hausbesitzer zusammen mit deren Bescheinigungen über die Vollständigkeit der Wohnungslisten bis spätestens 12. Oktober 1924 im Gemeindebüro abzugeben. Eine Abholung findet nicht statt.
Auf die neuentstandene Aufnahme der Betriebe (Teil 4 der Wohnungsliste) werde ich besonders hin.
Damit eine ordnungsmäßige und pünktliche Erledigung der Personenstandsaufnahme erreicht wird, bitte ich die Einwohnerschaft dringend, die Vordrucke vollständig auszufüllen und sie rechtzeitig abzugeben.
Hundbestandsaufnahme.
Zum Zwecke der Hundbestandsaufnahme für die 2. Hälfte des Steuerjahres 1924 gehen den Hausbesitzern in diesen Tagen zusammen mit den Wohnungslisten besondere Vordrucke zur Hundbestandsaufnahme zu.
Die Hausbesitzer werden hiermit aufgefordert, auf diesen Vordrucke anzugeben, wieviel Hunde auf ihren Grundstücken gehalten werden.
Die ausgefüllten Vordrucke sind bis zum 12. d. Mts. im Gemeindebüro abzugeben.
Bergfelde, den 3. Oktober 1924.
Der Gemeindevorsteher. J. B. Prentli.

Was gibt es Neues.

— Das Schiedsgerichtsprotokoll ist in Genf einstimmig angenommen worden.
— Die Jahrestagung des amerikanischen Bankierverbandes in Chicago sprach sich in einer Entschließung für eine Unterdrückung der deutschen Währungsnot.
— Die englischen Konferenzen haben im Unterhaus ein Währungsnotum gegen das Kabinett Macdonald eingebracht.
— Die französische Regierung hat gestattet, daß der „R. R.“ bei seiner Amerikafahrt französisches Gebiet überfliegen darf.
— Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in Paris sind mit einer entgegenkommenden Note Gerriots eröffnet worden.
— Die franko-belgische Eisenbahnregie für das belgische Gebiet hat eine weitere Zahlung in Höhe von 922 000 Franken als Vorschuß auf ihre Betriebsgewinne an die Reparationskasse geleistet.

Die Regierungsparteien billigen die Pläne des Reichskanzlers.

In der Reichskanzlei fand gestern nachmittags eine Aussprache zwischen Führern der Regierungsparteien und dem Reichskanzler statt. Die Absicht des Reichskanzlers, zum Zwecke der Erweiterung der Reichsregierung Verhandlungen mit der Deutschen Nationalen Volkspartei und der Sozialdemokratischen Partei aufzunehmen, wurde gebilligt. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen wird der Reichskanzler den Führern der Regierungsparteien Mitteilung machen.

Das Genfer Protokoll.

Zufikimmung Frankreichs.
In der letzten öffentlichen Vollziehung des Bälternbundes war das sogenannte Protokoll zur Verhinderung von Kriegen, zur Abrüstungsfrage und zur Militärkontrolle Gegenstand der Besprechungen. Nach den Ausführungen der Vertreter kleinerer Staaten ergriff das Wort der frühere französische Ministerpräsident Briand.
Gleich einleitend erklärte er, daß Frankreich bereit sei, das Protokoll zu unterzeichnen.
Nach Ansicht Briands bedeutet das Protokoll ein wirksames Hindernis gegen jeden Krieg. Schon das Schiedsverfahren erschwere den Krieg erheblich. Dieser seien die Völker aufeinander losgerüstet, weil sie nicht miteinander sprächen und verhandelten. Jetzt aber sei ein eingehendes Verfahren eingerichtet, das ein starkes Kriegshindernis bedeute. Dazu kämen die Sanktionen, die ein noch unüberwindlicheres Kriegshindernis seien, da sie die ganze Welt gegen den Angreifer aufbieten. Wir alle wissen, wie fürchtbar sich der letzte Krieg von den früheren Kriegen unterscheidet, aber der Krieg, der morgen ausbrechen würde, wird sich ebenso fürchtbar von dem letzten Krieg unterscheiden.
Nach Briand sprach der englische Hauptdelegierte Lord Parmoor. Er meinte, weder der Rat noch die Vollversammlungen würden die Macht haben, in die inneren Angelegenheiten der Länder einzugreifen in einem Maße, das über das bereits im Vorkriegeszeitpunkt hinausgehen würde. Die Souveränität der verschiedenen Regierungen werde unangefastet bleiben, und Dinge, die der inneren Gerichtsbarkeit unterlägen, seien streng aus dem Rahmen der gegenwärtigen Vorschläge ausgeschlossen. Jeder Regierung werde es freistehen, zu entscheiden, in welchem Umfang und welcher Form sie loyal und wirksam bei der gemeinsamen Pflicht der Hilfeleistung für die Opfer eines Angriffs mitwirken können. Es würde ein Spiel mit Worten sein, wenn man sagen wollte, daß die Hilfeleistung für die Opfer eines Angriffs eine Form der Sanktionen sei. Aber man könne sich auch nicht der Tatsache verschließen, daß, obgleich die Motive des Vorgehens in der Hilfeleistung für die Opfer zu suchen seien, nicht möglich sein dürfte, diese Hilfeleistung anders durchzuführen als durch die Schaffung eines Kriegszustandes gegen den Angreifer.
Bei der Abstimmung wurde das ganze Protokoll ohne jede Abänderung von sämtlichen 47 anwesenden Staaten einstimmig angenommen.

Wirtschaftsverhandlungen in Paris.

Begrüßung der Deutschen durch Gerriot.
Als bald nach Eintreffen der deutschen Handelsdelegation unter Führung von Staatssekretär Trendelenburg in Paris fand eine gemeinsame Sitzung mit den französischen Vertretern statt, die durch den Ministerpräsidenten Gerriot mit einer Ansprache eröffnet wurde. Gerriot berichte darin mit besonderem Nachdruck:
„Diese Verhandlungen, deren Ergebnis so großer Bedeutung für die Zukunft der beiden Völker sein kann, sind eine loyale Folge der Verhandlungen von London. Die Regelung des schwierigen Reparationsproblems war die Grundlage für jede spätere Aktion zur Wiederherstellung wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich. Diese Regelung ist jetzt erreicht, und wir wollen hoffen, daß ihre Ausführung durch nichts gehindert werde. Jetzt handelt es sich darum, die Grundlage für einen fortgesetzten Warenverkehr zwischen Frankreich und Deutschland zu schaffen. Vor dem Reize von dieser Aufgabe ist betriebsfähig, er war für beide Teile von gleich hoher Bedeutung. Die Zahlen sind der beste Beweis dafür, daß beide Länder, die starke Industrien besitzen und die beide fortgesetzt die Erzeugnisse der Wissenschaft zur Anwendung bringen, sich durch Austausch der Erzeugnisse ihrer Industrie und ihres Bodens gegenseitig ungeheure Dienste erweisen können. Die Deutschen werden bei den französischen Unternehmern die größte Aufrichtigkeit und eine totale Hingabe ohne Hintergedanken sowie den besten Willen finden, alle Schwierigkeiten, die auftauchen könnten, großzügig zu lösen.“

Wirtschaftsverhandlungen in Paris.

Gerriot hofft, daß das Ergebnis der Verhandlungen ein neues Kapitel des Friedens, ein Werk der Volksannäherung und der Zivilisation sein werde.
Der deutsche Votschafter v. Hofsch dankte dem Ministerpräsidenten und versicherte, daß auch die deutsche Regierung den aufrichtigen Wunsch habe, die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Frankreich zu einem für beide Teile erfreulichen Ergebnis zu führen. Er hoffe, daß alle vorhandenen großen Schwierigkeiten überwunden werden würden.

Englische Sorgen.

Die Furcht vor der deutschen Konkurrenz.
In England, besonders in den Kreisen der Bergarbeiter, hegt man ernsthaft Besorgungen für die englische Kohlenindustrie, wenn der Zweisplan festgesetzt zur Durchführung kommt. Zur Besprechung dieser Angelegenheit hatten die englischen Bergarbeitergewerkschaften eine Zusammenkunft mit Macdonald.
In dieser Unterredung wurde seitens der Arbeiterführer hervorgehoben, daß schon jetzt der Export der englischen Kohle vom Januar bis zum August um über 6 Millionen 600 000 Tonnen gefallen ist, und daß am Ende des Jahres diese Summe auf 10 Millionen gestiegen sein wird. 100 000 Arbeiter seien bereits brotlos, was natürlich einen Rückschlag auf den allgemeinen Handel habe, während die Tatsache, daß die deutschen Bergwerke neun Stunden täglich arbeiten, die Lebensbedingungen aller Bergwerke in der ganzen Welt noch niedriger schraube.
Ministerpräsident Macdonald entgegnete, daß es alles daran liegen werde, um bei der Ausführung des Zweisplanes eine Schädigung der englischen Industrie zu verhindern. Er betonte aber auch gleichzeitig, daß er den Wünschen der Bergwerksbesitzer, die Reparationszahlungen in Kohle gänzlich einzustellen, beim besten Willen nicht nachkommen könne.
Im Anschluß an diese Unterredung erklärten die englischen Gewerkschaftsführer Pressevertretern, da die englische Regierung offenbar nicht in der Lage sei, irgend etwas zu tun, um das Londoner Abkommen zu mobilisieren, bleibe dem englischen Bergarbeiterband nichts anderes übrig, als die deutschen Bergarbeiter im Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit unterstützten und insbesondere jeden Streik, der sich gegen die neunten Arbeitsstunden richtet, durch finanzielle Beiträge zu fördern.

Eisenbahnunglück im Mainzer Tunnel.

Bisher 14 Tote geborgen.
Im Tunnel zwischen Südb- und Hauptbahnhof von Mainz, der einen Teil der alten Befestigungsanlagen durchquert, hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Der nach Mainz-Süd abgefahrne D-Zug blieb wegen eines Schadens an den Luftstrahlbremsen liegen. Obwohl von der Wache Mainz-Süd am Tunnelausgang noch nicht zurückgemeldet und damit das Gleis nicht freigegeben war, ließ der verantwortliche Fahrleiter vom Mainzer Hauptbahnhof vier Minuten später den Personenzug Mainz-Worms abgehen.
Der Lokomotivführer des Personenzuges konnte wegen des dichten Rauches und wegen der Neigung des Tunnels den abstenen D-Zug nicht sehen und fuhr so auf diesen auf. Die letzten Wagen des D-Zuges wurden schwer beschädigt, ebenso die Lokomotive des Personenzuges.
Durch die Dunkelheit wurde die Verwirrung noch vergrößert, außerdem zerbrachen die Gasbehälter des D-Zuges und füllten den Tunnel mit Gas an. Aus diesem Grunde geschehen sich die Rettungsarbeiten äußerst schwierig. Bisher sind 14 Tote und 20 Verletzte geborgen worden.

Neben der Mainzer Genesung und den Beamten und Arbeitern der Regie beteiligte sich das französische Militär unter persönlicher Leitung des Generals Depoutte an den Rettungsarbeiten. Zur Beleuchtung der Unfallstelle wurden Scheinwerfer aufgestellt. Bald nach dem Zusammenstoß waren der Bischof von Mainz und der französische Armeebischof an der Unfallstelle erschienen. In dem Zuge befanden sich auch Geldtransporte der Reichsbank, die für die Pfalz bestimmt waren. Von den Säcken, die Papier und Kartgeld enthielten, fehlt nur ein Sack mit einer unbedeutenden Summe. Der noch unter den Trümmern liegende D-Zug. Die beiden Transportführer erlitten nur leichte Verletzungen. Die Streife, auf der sich das Unglück ereignet hat, befindet sich in den Händen der französischen Regie. Ueber die Ursache des Zusammenstoßes wird erst die Untersuchung völlige Klarheit bringen. Ansehend hat der Fahrleitersleiter gegen die Vorschriften gehandelt.

Deutsches Reich.

— Berlin, den 3. Oktober 1924.
Was an deutschen Marinewerten zerstört wurde. Die internationalisierte Marinekontrollkommission, die bekanntlich Anfang dieser Woche ihre Tätigkeit endgültig eingestellt hat, veröffentlicht gleichzeitig ihren Tätigkeitsbericht. Danach bestand die Tätigkeit dieser